

## **Pressespiegel zu „Fachkonzept“ und Dienstanweisung Nr. 93 im Jugendamt Halle**

Überblick über die Beiträge in den Medien (Tagespresse, Wochenzeitung, TV, Rundfunk, Amtsblatt Halle etc.)

Stand: 5. Dezember 2007

### **Pressemeldungen im November 2007**

abrufbar unter: <http://www.herwig-lempp.de/daten/doku/0711PresseHalleNov.pdf>

1. **Weiterhin Unruhe im Jugendamt Halle**, Halleforum, [www.halleforum.de](http://www.halleforum.de), 30. Nov. 2007
2. **Helden im Jugendamt**, J. Herwig-Lempp, Leserbrief in der Südd. Zeitung, 30. Nov. 2007
3. **Heimkinder in Gefahr?** B. Suhr, ZDF-Drehscheibe, 28. Nov. 2007, 12.15 Uhr
4. **Vom Heim zurück in die Chaos-Familie?**, A. Sailer, MDR-Figaro, Journal a. M., 28. Nov. 2007
5. **Wie Brandschutz ohne Feuerwehr**, H. Lasch, Neues Deutschland, 26. Nov. 2007
6. **Die bedrohten Kinder von Halle**, F. Peters, Welt am Sonntag, 25. Nov. 2007
7. **Jessica, Kevin, Lea-Sophie**, R. Wiegand, Süddeutsche Zeitung, 23. Nov. 2007
8. **Stadt-Berater in der Kritik**, A. Schierholz, Mitteldeutsche Zeitung (MZ), 22. Nov. 2007
9. **Opfer der Sozialhilfe?** J. Boysen, Deutschlandfunk, 22. Nov. 2007
10. **Platz in Problemfamilie**, A. Schierholz, Mitteldeutsche Zeitung (MZ), 19. Nov. 2007
11. **„Böswillige, verkürzte Darstellung“**, Interview mit D. Szabados, MZ, 19. Nov. 2007
12. **Halle über dem Durchschnitt**, Mitteldeutsche Zeitung, 19. Nov. 2007
13. **Hauruck-Aktion schadet**, A. Schierholz, Mitteldeutsche Zeitung (MZ), 19. Nov. 2007
14. **Machtkampf im Rathaus**, M. Schramme, SonntagsNachrichten, 18. Nov. 2007
15. **„Gelbe Karte“ als frühes Warnsignal**, H. Pohle, Mitteldeutsche Zeitung, 17. Nov. 2007
16. **Schlachtfeld Jugendhilfe**, M. Albrecht, Preußische Allg. Zeitung, 17. Nov. 2007
17. **Beschwerdestelle**, Ch. Kadlubietz, TV:Halle, 16. Nov. 2007
18. **Rückführung der Heimkinder zu ihren Familien**, radio corax Halle, 15. Nov. 2007
19. **Hallesche Jugendamtsmitarbeiter rebellieren**, [www.halleforum.de](http://www.halleforum.de), 10. Nov. 2007
20. **Mieses Klima im Jugendamt**, A. Schierholz, Mitteldeutsche Zeitung, 10. Nov. 2007
21. **Halle spart auf Kinderkosten**, G. Düberthal, Junge Welt, 8. Nov. 2007
22. **Rückführung in die Schutzlosigkeit**, R. von Lucius, FAZ, 7. Nov. 2007

### **Pressemeldungen von Juni bis Oktober 2007**

abrufbar unter: <http://www.herwig-lempp.de/daten/doku/0710PresseHalleOkt.pdf>

23. **Heimerziehung in Halle**, S. Arlt, Deutschlandfunk, 30. Okt. 2007
24. **Halle spart bei Jugendsozialarbeit**, C. Bergmann; M. Eilers-Jahnke, MDR aktuell (TV), 29. Okt. 2007

25. **Plan für Heimkinder bleibt umstritten**, A. Schierholz, Mitteldeutsche Zeitung, 27. Okt. 2007
26. **Dienstanweisung soll nochmal überdacht werden**, Halleforum, 26.10.07
27. **Kinderheime: Zweifelhafte Dienstanweisung in Halle**, E. Altmann und S. Hellem, MDR um zwölf (TV), 26. Okt. 2007
28. **Rückzieher von Szabados**, B. Zentner, Mitteldeutsche Zeitung, 26. Okt. 2007
29. **Heim ins Nichts**, Chr. Seils, Die Zeit, 25. Okt. 2007
30. **Der Fall Kevin schärft den Blick**, ARD Tagesthemen, 24. Okt. 2007
31. **Ein kurzes Leben vor Gericht**, E. Gundel, Weser-Kurier Bremen, 24. Okt. 2007
32. **Verletzte Seelen und der Haushaltsplan**, Fraktion Neues Forum + Unabhängige, Amtsblatt Halle 24. Okt. 2007
33. **Halles Heimkinder**, ZDF Blickpunkt, B. Suhr, 21. Okt. 2007
34. **Keine Einschnitte bei Kinderheimen?** G. Gunkel, Mitteldeutsche Zeitung, 15. Okt. 2007
35. **Nicht sensibel genug**, Kommentar, G. Gunkel, Mitteldeutsche Zeitung, 15. Okt. 2007
36. **Zurück ins Elend**, F. Berth, Süddeutsche Zeitung, 9. Okt. 2007
37. **Familie statt Heimerziehung**, B. Zentner, Mitteldeutsche Zeitung, 2. Okt. 2007
38. **Sparen auf Kosten von Heimkindern**, M. Bartsch, TAZ, 27. Sept. 2007
39. **Szabados will nicht alle Heimkinder heimschicken**, MDR 1 Radio S.-A., 21. Sept. 2007
40. **Halle will 314 Kinder aus Heimen holen**, BILD-Halle, U. Freitag, 21. Sept. 2007
41. **Auf Kosten der Kinder gespart?**, H. Jürgens, Mitteldeutsche Zeitung, 11. Sept. 2007
42. **Warnungen nicht gehört**, Kommentar, H. Jürgens, Mitteld. Zeitung, 11. Sept. 2007
43. **Einsparen ohne Zukunft oder: Setzt Politik auf Fachlichkeit?**, Fraktion Neues Forum + Unabhängige, Amtsblatt Halle, 20. Juni 2007

Halleforum Freitag, 30. November 2007

## Weiterhin Unruhe im Jugendamt Halle

**Protokoll belegt Ohnmacht, Resignation und Wut unter Mitarbeitern, Jucon wird kritisiert**

*geschrieben am: 30.11.2007 18:00*

(ens) Im Jugendamt Halle (Saale) herrscht weiterhin Unruhe. Ein Protokoll der Beratungsfirma START, deren Geschäftsführer Klaus Roth die Stadtverwaltung bei der Umstrukturierung des Jugendamtes unterstützt, belegt die Vorwürfe aus Mitarbeiterbriefen, die das Halleforum vor einigen Wochen veröffentlicht hatte. Die Mitarbeiter protestierten darin unter anderem gegen eine Budgetsenkung bei den "Hilfen zur Erziehung" um 20 Prozent. Die 314 Heimkinder der Saalestadt sollten zudem einer Dienstanweisung zufolge in ihre Familien zurückgeschickt werden. Erst nach 12 Wochen hatte Szabados durch den öffentlichen Druck die Anweisung zurückgenommen. Nach Außen hin wurde dies mit mißverständlichen Äußerungen in der Dienstanweisung begründet.

Teamentwicklung habe bisher nicht stattgefunden, heißt es in dem START-Schriftstück. "MitarbeiterInnen erleben den Wegfall ihrer vertrauten und bewährten Arbeitsstruktur. Sie sehen sich in ein Team versetzt, dass aus ihrer Sicht keine fachliche und organisatorische Verbesserung darstellt." Kernaussage der Mitarbeiter "Das Alte ist aufgelöst bzw. weggefallen und das Neue nicht entwickelt." Und auch fehlende Rahmenbedingungen bemängeln die Mitarbeiter. Besonders in den Teams im Süden der Stadt gibt es enorme Probleme. Fehlende Sekretärinnen, acht Telefonleitungen für 40 Apparate und immer höherer Verwaltungsaufwand werden von den Mitarbeitern kritisiert. Vor allem aber bemängeln sie nicht funktionierende Teile der Hilfeplansoftware "Jucon". Die Start gGmbH hatte die ebenfalls aus Bernburg stammende Herstellerfirma Soconic bei der Entwicklung der Software unterstützt.

Die Mitarbeiter im Jugendamt fühlen sich zudem alleingelassen und "haben vielfach das Gefühl, dass ihre Fragen, ihre kritischen Anmerkungen, ihre Bedenken, ihre Anregungen und Lösungsvorschläge auf der Leitungsebene nicht aufgenommen und in den Entwicklungsprozess einbezogen werden." Oft werde auf diese Eingaben sogar gar nicht reagiert, so die Vorwürfe. Immer öfter beklagen die Mitarbeiter auch die hohe Arbeitsbelastung. Die Umstrukturierung, die Teamzusammensetzungen und die unterschiedlichen Standorte bedeuten, so die Mitarbeiter, einen immensen zusätzlichen Arbeitsaufwand. Auch eine klare und gelebte Kommunikationsstruktur und einen durchgängigen Informationsfluss von den Teams über die Ressortleitungen bis zur Fachbereichsleitung wird von den Mitarbeitern vermisst. "Es gibt anscheinend die Anordnung, dass nicht mehr ressortübergreifend gearbeitet werden soll", heißt es in dem Gutachten weiter.

Angezweifelt wird auch der Erfolg von Einsparungen im Jugendhilfebereich durch eine sozialräumlich orientierte proaktive Arbeit des Fachbereiches. "Es wird von der Leitungsebene der Eindruck erweckt, dass mit der jetzt einsetzenden Arbeit der Quartiersrunden die Zahl der Problemfälle / HzE gen Null geführt wird und somit Kosten immens gesenkt werden können. Diese Erwartungshaltung (die aus Sicht von MitarbeiterInnen nicht nachvollziehbar ist) macht einen immensen Druck, der die Kreativität, die Motivation und das Engagement der MitarbeiterInnen lähmt", schreibt die START gGmbH in dem Bericht weiter. "Sozialraumorientierung anderer Fachbereiche und Institutionen/Organisationen ist notwendig, aber nicht vorgesehen." Ein Beispiel dafür sei die mangelnde Zusammenarbeit mit Fallmanagern der Arge.

Johannes Herwig-Lempp, einer der schärfsten Kritiker des Konzepts, fordert von Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados, die Zusammenarbeit mit der START gGmbH von Klaus Roth sofort zu beenden. "Er hat durch seine Art der Beratung diese gegenwärtige Situation erst möglich gemacht und bei den Freien Trägern und offensichtlich auch bei den

Mitarbeitern des Jugendamts jegliches Vertrauen in seine Beratungskompetenz verloren", so Herwig-Lempp. Roth vermisse zudem als einerseits Berater der Stadt und andererseits Geschäftsführer des Halleschen Jugendhilfeträgers "Jugendwerkstatt Frohe Zukunft" und möglicher Nutznießer vorausgegangener eigener Beratungen unterschiedliche Interessen in nicht hinnehmbarer Weise, so Herwig-Lempp. Zurückziehen soll die Stadt auch das Fachkonzept, das die "radikale Umstrukturierung" des Jugendamts veranlasst hat.

Herwig-Lempp geht auch auf Vorwürfe von Oberbürgermeisterin Szabados, Amtsleiter Rochau, Berater Roth und einzelner Stadträte ein. Diese würden immer wieder gegenüber Journalisten betonen, "dass meine Lebensgefährtin im Jugendamt arbeitet. Dies ist richtig, allerdings ist dies nicht, wie unterstellt, der Anlass für mein Engagement. Auch ist nicht zutreffend, dass meine Lebensgefährtin mich mit Interna versorgt. Meine Informationen habe ich vor allem aus öffentlich zugänglichem Material (Jugendhilfeausschusssitzungen, Medienberichte, Dokumente) sowie durch persönliche Kontakte zu vielen SozialarbeiterInnen im Jugendamt und bei den Freien Trägern in Halle, von denen sich viele an mich wenden, weil auch sie sehr besorgt sind über die Entwicklung."

*Leserbriefe*

## **Helden im Jugendamt**

**Vernachlässigte Kinder sterben unter den Augen überforderter Jugendschützer:  
Jessica, Kevin, Lea-Sophie / SZ vom 23. November**

Ralf Wiegand fordert in seinem Meinungsartikel, dass die Mitarbeiter der Jugendämter Lebensretter sein sollten; ihnen müsse aber ausreichend Geld zur Verfügung gestellt werden, und sie müssten von innen heraus den Mut zu einem "Aufschrei aus den Ämtern" haben. Jessica 2005 in Hamburg, Kevin 2006 in Hamburg und Lea-Sophie erst kürzlich in Schwerin sind schreckliche Todesfälle. Diesen Kindern wurde nicht ausreichend und nicht rechtzeitig geholfen.

Allerdings gibt es in der Republik mehr und mehr Kinder, die zwar Hilfe nötig haben und die ihnen nach dem Gesetz auch zusteht, die sie aber wegen kommunaler Sparzwänge nicht mehr bekommen. Ihre genaue Zahl lässt sich nicht ermitteln, sie fallen nicht weiter auf und schaffen es auch nicht bis in die Medien. Ihnen wird nur ganz einfach nicht oder nicht ausreichend geholfen: Sie bleiben in ihren Familien, in denen unter anderem materielle und ideelle Armut, Alkohol, psychische Krankheit, Verzweiflung, Hoffnungslosigkeit und Gewalt zentrale Themen und die Eltern erheblich überfordert und mehr oder weniger erziehungsunfähig sind - oder die Kinder werden dorthin zurückgeschickt.

Der Grund: Es wird nicht mehr ausreichend Geld für Jugendhilfe zur Verfügung gestellt. Die meisten betroffenen Kinder sterben nicht plötzlich, sondern sie verwaarloosen eher allmählich. Und sie werden schon in wenigen Jahren all ihre Hoffnung in eigene Kinder setzen ohne je erfahren zu haben, was Kinder brauchen und wie man angemessen mit ihnen umgeht.

Schuld daran sind nicht die Mitarbeiter im Jugendamt. Nicht sie kürzen die Haushaltsposten für Erziehungshilfen; nicht sie behaupten, man könne notwendige Hilfe durch Prävention ersetzen; nicht sie streichen ihre eigenen Stellen und bewirken, dass immer weniger Mitarbeiter für immer mehr Menschen verantwortlich sind.

Die Sozialarbeiter im Jugendamt sind für mich in aller Regel Helden. Sie haben eine äußerst schwierige und verantwortungsvolle Aufgabe, und sie retten tatsächlich viele Kinder - manchmal vor dem Tod, in den meisten Fällen zumindest vor Verwaarlosung und Verelendung. Mit ihrer Fachkompetenz, ihrer Erfahrung und ihrer Fähigkeit zum kooperativen Gespräch, aber natürlich auch mit ihrer Wachsamkeit, Geduld und Ausdauer unterstützen sie Eltern und Kinder intensiv. Gemeinsam mit Sozialarbeitern und Erziehern in Wohngruppen und ambulanten Angeboten wie Familienhilfe, Einzelbetreuung und Tagesgruppe finden sie geeignete Hilfen. Diese sind manchmal sehr kostenintensiv, meist aber auch zeitlich begrenzt: Im Durchschnitt verlassen Heimkinder in Deutschland ihre Wohngruppe nach zwei Jahren, unter anderem weil in dieser Zeit auch die Eltern angeleitet worden sind, sich wieder ausreichend um ihre Kinder kümmern zu können. Für katastrophale Fehlentwicklungen und unsinnige politische Entscheidungen sind sie nicht verantwortlich.

Ein Beispiel für eine solche Fehlentwicklung ist Halle an der Saale: Dort hat ein externer Berater das Jugendamt "radikal umstrukturiert", um die stationären und ambulanten Hilfen zur Erziehung kurzfristig drastisch zu reduzieren und Geld einzusparen. Als das nicht gelang, wurden die Mitarbeiter im September angewiesen, alle 300 Heimkinder sofort nach Hause zu schicken, um noch in diesem Jahr zwei Millionen Euro zu sparen. Dies wäre für diese Kinder nicht nur gefährlich, sondern auch völlig überraschend gekommen: aus der vertrauten Wohngruppe ganz kurzfristig weggeschickt zu werden. Es war zudem fachlich absurd und

unsinnig, organisatorisch unmöglich und schlichtweg gesetzeswidrig. Wie der Amtsleiter solch eine Anweisung überhaupt erst formulieren konnte, bleibt mir ein Rätsel.

Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados (SPD) verteidigte standhaft ihr Vorgehen: Es sei menschlicher, diese Kinder in ihren Familien aufwachsen zu lassen – in Familien also, von denen ihre Fachmitarbeiter bereits festgestellt hatten, dass sie jedenfalls zurzeit nicht in der Lage sind, Kinder angemessen zu erziehen.

Als die "Umstrukturierungen" zu immer größerem Chaos im Amt führten, die Hinweise der Mitarbeiter von der Amtsleitung missachtet wurden und die Dienstanweisung auch nach sieben Wochen heftiger Diskussion, nach Warnungen zahlreicher Fachleute und Berichten in den Medien noch gültig blieb, wagten die Mitarbeiter einen mutigen und heldenhaften Schritt: Sie wandten sich in sieben ausführlichen Briefen an die Öffentlichkeit, in denen sie die Zustände im Jugendamt schilderten und ein weiteres Mal auf die Dramatik und Gefährlichkeit der Situation hinwiesen. Dabei riskierten sie - sollten ihre Namen bekannt werden - ihren Arbeitsplatz. Das Tragische ist, dass auch dieser "Aufschrei aus dem Amt" nicht zur Kenntnis genommen wurde - weder von den Stadträten (die die Beratung über diese Briefe erst einmal um einem Monat vertagten) noch von den überregionalen Medien (für die dieses Thema bereits nach einem ersten Bericht "verbraucht" war, unabhängig davon, ob der Anlass für den Skandal durch "Aussitzen" weiterbestand oder nicht).

Es wird Zeit - trotz und gerade dann, wenn vielleicht nicht zufällig immer wieder verhungerte Kinder gefunden werden -, die "Helden im Jugendamt" als das, was sie sind, wahrzunehmen: gut ausgebildete Fachkräfte, die mit einem hohen Verantwortungsbewusstsein Tag für Tag schwierigste Entscheidungen unter sich ständig verschlechternden Bedingungen zu treffen haben - und dabei in aller Regel hervorragende und langfristig sehr effiziente Arbeit leisten.

*Johannes Herwig-Lempp, Halle*

## Heimkinder in Gefahr?

Sendezeit: 28.11.2007

Autor: Suhr, Berit

Programm: ZDF

Sendung: Drehscheibe

Länge: 03:04 Minuten

Sprecherin (Berit Suhr):

Der elfjährige Dennis war einkaufen. Heute ist er Küchenchef für seine Heimfamilie im Kinderheim Regenbogenland. Rund 70 Kinder und Jugendliche leben hier getrennt von ihren Eltern in Wohngruppen. Vielleicht aber nicht mehr lange. Die Stadt Halle will sparen und überlegt, Heimkinder wieder zurück in ihre Familien zu schicken, denn 3000 Euro im Monat kostet ein Heimplatz. Die Erzieher haben Angst um ihre Schützlinge.

Anke Bornhake (Heimleiterin):

Wir können ja, ich sag mal, zum Teil nicht mehr schlafen. Einfach weil wir wissen, dass die Kinder nicht zu uns kommen, weil sie kein Obst bekommen und den ganzen Tag vor dem Fernseher sitzen, sondern weil es eben auch wirklich massive Probleme in der Familie gibt; wir ganz viele Vernachlässigungsfälle haben, Missbrauchsfälle.

Sprecherin (Berit Suhr):

Rund 200 Millionen Euro gibt Halle für 300 Heimplätze aus. Zu viel im Vergleich mit ähnlich großen Städten. Deshalb setzt die Stadt jetzt auf das kostengünstigere Konzept einer Beraterfirma. Danach sollen Kinder in ihren Familien bleiben. Dort von Psychologen und Erziehern betreut werden. Viele Sozialarbeiter lehnen das ab. Für diese Haltung hat die Oberbürgermeisterin kein Verständnis.

Dagmar Szabados:

Wir wollen gucken, dass wir die passgenauen Hilfen für die Kinder und ihre Familien haben. Und das ist unser Anspruch, den werden wir umsetzen. Und wenn diese passgenauen Hilfen dann weniger kosten, dann sind die doch deswegen nicht falsch.

Sprecherin (Berit Suhr):

Nicht nur die Freien Träger der Jugendhilfe fürchten falsche Entscheidungen auf Kosten der Kinder. Auch Mitarbeiter im Jugendamt äußern ihre Ängste in anonymen Briefen. Immerhin, im nächsten Jahr sollen laut Haushaltsplan rund zwei Millionen Euro eingespart werden.

Steffen Kröner (Arbeiterwohlfahrt e.V. Halle)

Dieser permanente Druck, der ja letzten Endes von den Mitarbeitern der Jugendämter auszuhalten ist, führt meines Erachtens Schritt für Schritt zu so in einer Art Schere im Kopf. Dass also sozusagen Hilfen nur noch im äußersten Notfall genehmigt werden. Dass, ich sag es Mal salopp, lange rumprobiert wird, vielleicht doch mit Beratungsstelle oder Hausaufgabenhilfe so eine familiäre Problematik in den Griff zu bekommen.

Sprecherin (Berit Suhr):

Experten für Sozialarbeit warnen. Die Möglichkeit der Heimerziehung sollte nicht kurzfristig durch ein Konzept ersetzt werden, das nur auf Vorbeugung setzt. Beide Möglichkeiten der Jugendhilfe sollten finanziert werden.

Johannes Herwig-Lempp:

Kevin in Bremen und Lea-Sophie in Schwerin haben gezeigt oder haben deutlich gemacht, dass wir mehr Mitarbeiter im Jugendamt brauchen, die mehr Zeit haben und mehr Möglichkeit haben auf individuelle Fälle einzugehen. Und wir können uns es nicht leisten, hier zu sparen.

Sprecherin (Berit Suhr):

Um Dennis und alle anderen Heimkinder zu schützen, wollen die Sozialarbeiter in Halle im Zweifelsfall auch vor Gericht ziehen und einen Heimplatz erstreiten.

ZDF Drehscheibe (28.11.2007): Heimkinder in Gefahr? URL:

[http://www.zdf.de/ZDFmediathek/content/Heimkinder\\_in\\_Gefahr?/Sendungen\\_D,428/369852](http://www.zdf.de/ZDFmediathek/content/Heimkinder_in_Gefahr?/Sendungen_D,428/369852)  
(rev.: 03.12.2007, 10.28 Uhr)

## Vom Heim zurück in die Chaos-Familie?

Sendezeit: 28.11.2007

Autorin/ Sprecherin: Sailer, Anne

Programm: MDR Figaro

Sendung: Journal am Morgen

Länge: 03:59 Minuten

Anmoderation:

Zurück in die Problemfamilie - mit dieser Idee hat Halles Oberbürgermeisterin Szabados im Oktober Schlagzeilen gemacht. Die Stadt hatte Pläne, alle Heimkinder ins Elternhaus zurückzuschicken, die dort von Erzieherinnen betreut werden sollten. Ein Konzept, das auf heftige Kritik gestoßen ist und die Oberbürgermeisterin ruderte dann auch zurück. Die Anweisung solle überarbeitet werden - doch was ist daraus geworden. Anne Sailer hat nachgehakt.

Sprecherin (Anne Sailer):

Um es gleich zu sagen, die Dienstanweisung gilt noch. Eine Überarbeitung steht aus. Grundlage war übrigens ein so genanntes Fachkonzept. Dafür bezahlte Halle eigens einen Berater. Kosten: unbekannt. Fachleute nennen es „Kabarettreif“, eine Farce nennt es Antje Klotsch, die Geschäftsführerin der Arbeiterwohlfahrt.

Antje Klotsch:

Noch schlimmer ist es eigentlich, dass auf der Basis dieses Fachkonzeptes das Jugendamt umstrukturiert worden ist und sozusagen fatale Kooperationen dort entstanden sind. Nämlich fast die Unmöglichkeit von Kooperation. Und ich halte sozusagen den halleschen Weg nicht nur für eine Strukturvernichtung im fachlichen Bereich, sondern ich halte den auch für eine ganz bewusste Missachtung von Kinderrechten.

Sprecherin (Anne Sailer):

Kinder, deren Wohl nach fachlicher Prüfung nicht in deren Elternhäusern liegt, sollen dahin zurück. Diesen Wahnsinn, wie es Johannes Herwig-Lempp von der Fachhochschule Merseburg nennt, begründet man mit Zahlen. Halle habe überdurchschnittlich viele Heimkinder. Kosten pro Platz: monatlich 3000 Euro; also zu teuer.

Johannes Herwig-Lempp:

Man hat vergessen, dass man es mit Menschen zu tun hat. Man hat vergessen, dass diese Kinder aus Familien kommen, wo Fachleute mehrfach und immer wieder festgestellt haben: in diesen Familien dürfen Kinder nicht aufwachsen. Jedenfalls nicht zur Zeit. Man hat das einfach vergessen, und man hat gesagt: wir müssen vier Millionen sparen, und man hat dann einen Entschluss gefasst. So etwas geht nicht, und so etwas ist in einer anderen deutschen Kommune noch nicht vorgekommen. Man kann nicht durch Brandschutzhefte, wie man sich seine Wohnung schützt, die Feuerwehr ersetzen. Man kann nicht Krankenhäuser abschaffen und sagen, wir machen stattdessen Gesundheitsberatung.

Sprecherin (Anne Sailer):

Im Jugendamt herrscht miese Stimmung. Die Mitarbeitenden wandten sich mit Aussagen wie dieser anonym an die Öffentlichkeit.

Zitat Mitarbeiterin des Jugendamtes Halle:

Dieses System ist krank. Todkrank. Man kann meines Erachtens nur durch Austausch von Personen gesunden. Die Situation habe ich noch nie so ernst erlebt.

Sprecherin (Anne Sailer):

Andreas Wilhelm, einer der Ressortleiter des halleschen Jugendamtes bestreitet dies.

Andreas Wilhelm:

Mir persönlich ist kein Fall bekannt, in dem ein Rechtsanspruch Hilfe auf Erziehung nicht gewährt werden konnte.

Sprecherin (Anne Sailer):

Denn der Gummibegriff „Kindeswohl“ ist dehnbar. Wenn man die Heimkinder nicht nach Hause schicken kann, gewährt man künftig eben weniger Hilfen. Das machen auch andere Kommunen so. In Halle wehren sich nun die Freien Träger. Sie wendeten sich an den Juristen Peter Schruth. Er ist Mitbegründer des Berliner Rechtshilfefonds Jugendhilfe.

Peter Schruth:

Die Jugendhilfe darf nicht pauschal einsparen, weil Jugendhilfe ist immer individuell. Da hilft es gar nichts große Deckel oben draufzulegen. Das gibt nur Konflikte, es gibt nur ein Druck für alle Beteiligten. Hilft niemandem. Paragraph 34 KJHG sieht ja vor, dass es irgendwie stationäre Jugendhilfe geben muss und zwar immer dann geben muss, wenn es im Einzelfall gebraucht wird. Und die Lebenslagen auch in Halle sind nicht so, dass man sozusagen mit einer gedeckelten Jugendhilfe zurechtkäme.

Sprecherin (Anne Sailer):

Halle soll nun eine Beschwerde- und Vermittlungsstelle in der Jugendhilfe bekommen. Ab kommenden Frühling könnten dann Betroffene ihren Rechtsanspruch auf Hilfe einklagen. Noch mal Johannes Herwig-Lempp.

Johannes Herwig-Lempp:

Diese Vermittlungsstelle richtet sich übrigens nicht allein gegen das Jugendamt oder gegen Krisen mit dem Jugendamt, sagen wir mal so. Sondern es gibt auch Probleme, die Kinder und Jugendliche haben mit ihrem Sozialarbeiter in ihrer Wohngruppe oder in ihrer Tagesgruppe. Da ärgern sich Eltern, dass der nicht mit ihnen spricht oder Jugendliche ärgern sich darüber, dass sie nicht genug Taschengeld kriegen und haben das Gefühl, sie werden benachteiligt oder gemobbt in ihrer Einrichtung. Und das ist gut, man kann sagen: „Geh doch dorthin. Dort sitzen welche, die nehmen sich dem an. Das sind keine Richter, das sind keine Schlichter. Sondern die vermitteln.“

Sprecherin (Anne Sailer):

In Berlin konnte man übrigens in 250 Fällen helfen, Sozialarbeiter oder Heimplätze vermitteln. In den meisten ohne Gericht. Mit der Beschwerdestelle haben Kinder also eine Lobby. Das Problem ist nur, in vielen Fällen gibt es einfach niemanden, der ihr gutes Recht, gesund aufzuwachsen, einklagt. So verhungerte Lea-Sophie in Schwerin. In Duisburg rettete die Polizei gestern einen unterernährten Zweijährigen. Bis zu 700.000 Kinder in Deutschland leben in Vernachlässigung, so die neuesten Zahlen. Da nützen keine Debatten über Frühwarnsysteme oder Sparzwänge, es muss gehandelt werden.

# Neues Deutschland

Datum: 26.11.2007

Seite: 4

Ressort: Inland

Autor: Von Hendrik Lasch

## Wie Brandschutz ohne Feuerwehr

### Alle Kinder aus den Heimen: Jugendhilfe-Konzept in Halle sorgt für Wirbel

Die Stadt Halle ist in einer miserablen Finanzlage. Der Zwang zum Sparen treibt befremdliche Blüten. Ein Plan, alle Heimkinder zurück in ihre Familien zu schicken, sorgt für Debatten.

Die Dienstanweisung Nummer 93, die Lothar Rochau, Leiter des Jugendamtes der Stadt Halle, am 3. September 2007 ausgab, ist von bemerkenswerter Ehrlichkeit. Ihr Ausgangspunkt, heißt es gleich im ersten Satz, sei ein Fachkonzept »in Verbindung mit den Vorgaben zur Haushaltskonsolidierung«. Vor allem also, um zu sparen, kam die Stadt auf eine bemerkenswerte Idee: Die »Rückführung aller Kinder, Jugendlichen und jungen Volljährigen aus der Heimerziehung« – Termin: 30. September 2007.

Dass die Dienstanweisung bislang nicht umgesetzt ist, ist einer Welle der Empörung geschuldet, die in Fachkreisen aufbrandete. Von einem »fachlich und rechtlich nicht tragbaren« Vorhaben spricht der Merseburger Sozialwissenschaftler Johannes Herwig-Lempp. Wenn man bei Kindern aus teils katastrophalen Familienverhältnissen, die oft vernachlässigt oder gar misshandelt würden, auf eine Heimbetreuung verzichte, sei das, als betreibe man »Brandschutz und spare die Feuerwehr ein«.

Grundlage für das Vorhaben ist ein Handlungskonzept, das bei den Hilfen zur Erziehung stärker auf Prävention setzt. So sollen in fünf »Sozialräumen« beispielsweise Kitas, Jugendeinrichtungen, Vermieter, Sportvereine und Polizei kooperieren, frühzeitig auf Problemkinder aufmerksam werden und Hilfe anbieten. Dieses »Pro-Aktive System« wird in Fachblättern kontrovers diskutiert. Der Jugendhilfe-Ausschuss hält es für sinnvoll, sagt die Stadträtin Ute Haupt (LINKE): Es müsse »erlaubt sein, über Ansätze nachzudenken, die das Kindeswohl nicht gefährden, aber womöglich dennoch weniger kosten.« Die Umsetzung solcher Konzepte, fügt sie an, »braucht aber Zeit und zunächst auch Geld.«

Weder das eine noch das andere nimmt sich die Stadt. Laut einer Modellrechnung in der Dienstanweisung erhoffte sich das Jugendamt noch für 2007 Einsparungen von 2,18 Millionen Euro, wenn 90 Prozent der 314 Heimkinder in ihre Familien zurückkehrten.

Trotz so offenherziger Rechenspiele meint Halles OB Dagmar Szabados, die Kritiker arbeiteten mit »böswilligen, verkürzten Darstellungen«. Die SPD-Frau und langjährige Sozialdezernentin lässt die Dienstanweisung derzeit zwar überarbeiten, hält aber am Grundgedanken fest. Sie betont in Richtung Jugendamt, dass es »mehr als Heime gibt«. Dessen Mitarbeiter wählten aber »häufig eine Heimeinweisung, weil sie sich damit auf der sicheren Seite fühlen«.

Abgesehen davon, dass die Jugendämter in der öffentliche Debatte seit dem Hungertod der fünfjährigen Lea-Sophie in Schwerin eher zu noch mehr Intervention gedrängt werden, geht der Vorwurf, der die Mitarbeiter sehr verstimmt, an der Realität vorbei, sagen Experten: Heimeinweisungen würden alle sechs Monate geprüft und erfolgen oft sogar per Gerichtsbeschluss, woran das Jugendamt gebunden sei. Bemühungen, die Heimbetreuung zu reduzieren, gebe es in der Bundesrepublik »seit Jahrzehnten«, sagt Herwig-Lempp – »ohne Erfolg«.

Dass die Stadt in diesem Bereich trotzdem zu sparen sucht, liegt nicht zuletzt daran, dass die Ausgaben über denen ähnlich großer Städte liegen. Allerdings ist auch der Anteil der Kinder, die in armen Familien leben, in der sachsen-anhaltischen Stadt mit 34,5 Prozent deutlich höher als der Bundesdurchschnitt von 13,4 Prozent.

## Die bedrohten Kinder von Halle

Von Freia Peters

**Die Stadt in Sachsen-Anhalt muss sparen. Deshalb droht sämtlichen 314 Heimkindern die Rückführung in ihre Familien. So will es eine Anweisung des Jugendamts. Die Heim-Mitarbeiter warnen, dass dies für die Kinder lebensgefährliche Folgen haben könnte.**

Wenn der große Tisch in der Küche von "Familie A3" gedeckt wird, kommt neben Rosas Teller eine kleine Tablettendose. Dreimal am Tag muss das Mädchen eine Pille schlucken. Rosa weiß das, und wenn sie es einmal vergisst, weisen sie ihre Erzieher darauf hin. Rosa lebt seit eineinhalb Jahren in einem Kinderheim des Roten Kreuzes in Halle an der Saale. Das zehnjährige Mädchen ist Epileptikerin.

Als Rosa damals zum dritten Mal innerhalb weniger Wochen mit einem heftigen Anfall zum Arzt gebracht wurde, alarmierte dieser das Jugendamt. Offensichtlich achtete Rosas Mutter nicht darauf, ihrer Tochter die Medikamente zu geben. Das Jugendamt prüfte den Fall und entschied, Rosa in ein Heim zu geben, weil eine massive Gefährdung der Gesundheit des Kindes vorlag. Ein starker Epilepsie-Anfall kann tödlich enden. Rosa lebt nun also in ihrer "Ersatzfamilie", wie sie es nennt. Seitdem ist sie anfallfrei.

Mit sechs anderen Kindern bewohnt sie eine Art WG, ständig sind zwei Erzieher anwesend. Hier erlebt Rosa das, was sie bisher nicht kannte: einen strukturierten Tagesablauf. Morgens frühstückt sie und geht in die Schule. Nachmittags erledigt sie gemeinsam mit den Erziehern Einkäufe, macht ihre Hausaufgaben und spielt. Jedes zweite Wochenende besucht sie ihre Mutter im "Haus der Wohnhilfe", einem Obdachlosenheim, wo auch Rosas sieben Geschwister leben. Die Mutter liebe alle ihre Kinder, sei aber hilflos und "milieugeschädigt", wie ein Sozialarbeiter sagt. Sie ist Hartz-IV-Empfängerin, kann mit Geld nicht umgehen, hat keine Freunde, die sie um Rat fragen könnte und hat nie gelernt, mit Kindern umzugehen.

Wenn es nach einer am 3. September herausgegebenen Dienstanweisung des Jugendamt-Leiters geht, muss Rosa bald wieder ins Obdachlosenheim ziehen. Darin steht, dass alle 314 Kinder und Jugendliche aus sämtlichen Kinderheimen der Stadt schnellstmöglich "nach Hause" sollen. Damit will das Jugendamt einen Beitrag zum Ausgleich des Haushalts leisten und noch im laufenden Jahr 2,185 Millionen Euro sparen. Halle wäre damit die erste Stadt in Deutschland, die ihre Kinderheime komplett auflöst.

Der Anteil von Kindern in Heimen liegt in Halle weit über dem Bundesdurchschnitt, und jedes Heimkind kostet die Stadt monatlich 3000 Euro. Nach heftiger Kritik der Öffentlichkeit wies die Oberbürgermeisterin zwar knapp zwei Monate später den Amtsleiter an, die Dienstanweisung zu überarbeiten. Dieser erklärte daraufhin, die Anweisung sei "unglücklich formuliert", er habe "Überprüfung" statt "Rückführung" schreiben wollen. Seitdem ist aber nichts passiert. Aufgehoben wurde die Anordnung nicht. Und - Überprüfung hin oder her - für das kommende Jahr hält die Stadt an dem Ziel fest, 20 Prozent der Kosten (vier Millionen Euro) für sogenannte "Hilfen zu Erziehung", also die stationäre Unterbringung von Kindern außerhalb ihrer Familie, sparen zu wollen.

In der fünf Seiten langen Dienstanweisung ist nur einmal beiläufig das Wort "Kindeswohl" erwähnt. Das Konzept stammt von dem Geschäftsführer der Beratungsfirma Start, einem Vertrauten der Oberbürgermeisterin. Dessen Anliegen ist es, das Jugendamt radikal umzustrukturieren. Heimaufenthalte von Kinder sollen überflüssig gemacht, in der Jugendhilfe soll stattdessen auf Prävention durch vorbeugende Beratung gesetzt werden. Mit Fachkräften, etwa den Mitarbeitern des Jugendamtes, hat er seinen Plan nicht besprochen.

"Das ist wie wenn jemand sich ein Bein bricht, und dann heißt es, das Krankenhaus müssen wir leider schließen, aber gehen sie doch zum Heilpraktiker", sagt Johannes Herwig-Lempp, Professor an der Hochschule Merseburg, die Sozialarbeiter ausbildet. Neben der fachlichen Kritik gibt es auch juristische Bedenken, denn überforderte Eltern haben laut Paragraf 27 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes einen Anspruch auf Hilfe.

Zwar befürwortet Lempp, verstärkt auf Vorsorge zu setzen, allerdings nur als Zusatzmaßnahme. "Prävention kostet Geld und zahlt sich erst Jahre später aus. Es gibt keine Vorsorge, die grundsätzliche Probleme verhindert. Man kann sie nur verringern." Lempp schätzt, dass mit mehr Prävention die Heimaufenthalte lediglich um etwa zehn Prozent vermindert werden könnten. Das würde jährlich gut eine Million Euro kosten. "Man kann Heime nicht ersetzen. Es gibt Kinder, die brauchen ein Stück Abstand von ihrer Familie." Kinder, deren Eltern alkoholabhängig, psychisch krank oder gewalttätig sind, Kinder, die noch nie in ihrem Leben ein Spielzeug besessen haben oder über Tage allein gelassen werden.

Alle Politiker im Stadtrat haben dem Konzept, Heime aufzulösen, zugestimmt. Die Fachleute, die vor Ort mit den Kindern arbeiten, waren jedoch einstimmig dagegen. "Ein Heimaufenthalt kann eine Rettung bedeuten", sagt eine Mitarbeiterin des Jugendamtes, die zu den Familien nach Hause geht und gemeinsam mit ihrem Team entscheidet, ob ein Kind ins Heim eingeliefert werden muss. "Und ehrlich gesagt: Oft hätte man die Kinder schon zwei oder drei Jahre früher aus ihren Familien holen müssen." Zudem seien die Voraussetzungen für eine Prävention nicht geschaffen: "Ich sehe meine Arbeit momentan eher als eine Problemverwaltung. Von präventiver Arbeit sind wir weit entfernt."

Der Sparzwang in Halle ist kein Einzelfall. In Berlin wurden die "Hilfen zur Erziehung" um ein Drittel gestrichen. In Bayern sollen auf lange Sicht gar keine Kinder mehr in Heimen untergebracht werden. "Jeder Fachmann schlägt da die Hände über dem Kopf zusammen", sagt Lempp. Die Öffentlichkeit erfährt nur von den härtesten Fällen, in denen Kinder hungern müssen oder misshandelt werden. Kaum bekannt ist dagegen, dass in Halle schon 40 Prozent der Kinder in Familien aufwachsen, die von Sozialhilfe leben. Viele Kinder werden gedemütigt, schlecht ernährt, wohnen in "Löchern". Nur in den schlimmsten Fällen, in denen eine blanke Gefährdung des Kindeswohles droht, folgt die Heimeinweisung.

"Viele Kinder kommen und sind sehr verstört, das Selbstwertgefühl ist völlig zerstört", sagt Anke Bornhake, Leiterin des Kinderheimes "Regenbogenland", in dem auch Rosa wohnt. "Sie wissen ganz einfache Dinge nicht, etwa dass man sich morgens anziehen muss. Sie ziehen sich eine Jacke über den Schlafanzug und wollen das Haus verlassen." Im Durchschnitt bleiben die Kinder zwei Jahre im Heim. Zu den Eltern stehen sie in Kontakt, die Erzieher bereiten eine erste Beurlaubung nach Hause vor, später gegebenenfalls die Rückführung.

Jeder Heimaufenthalt wird alle sechs Monate überprüft. "Es ist unser Job, wieder ein Zusammenleben mit der Familie zu ermöglichen", sagt Bornhake. Mitarbeiter kümmern sich um die Eltern, erklären ihnen, wie man aufräumt, kocht und dass es nicht gut ist für das Kind, Chips zum Frühstück zu essen. Einige Kinder kehren nie in ihre Familie zurück, weil das nicht zu verantworten wäre. Sie bleiben im Heim, das sie aber spätestens mit 18 Jahren verlassen müssen, auch wenn viele bleiben wollen.

Das Kinderheim will Widerspruch gegen jeden Fall der Familienrückführung einlegen, zumal rund einem Drittel der Eltern das Erziehungsrecht gerichtlich entzogen wurde. Auch Lempp ist gegen eine pauschale Rückkehr der Kinder: "Die 14-Jährigen von heute sind in sechs Jahren schwanger. Wenn sie bis dahin nicht erlebt haben, wie man mit einem Kind umgeht, werden sie ihre Kinder genauso vernachlässigen. Und diese Mädchen werden gerne schwanger, weil sie etwas zum Knuddeln haben wollen." Werde der eingeschlagene Weg nicht verlassen, dauere es nicht lange, bis auch in Halle ein totes Kind gefunden werde.

23.11.2007 6:23 Uhr

## Jessica, Kevin, Lea-Sophie

**Immer wieder sterben vernachlässigte Kinder unter den Augen der überforderten Jugendämter. Diese sollten die Öffentlichkeit jetzt nutzen - für einen Aufschrei, nicht für Ausreden.**

*Ein Kommentar von Ralf Wiegand*



"Am Rand der Gesellschaft": Das Jugendamt wusste von Jessica, Kevin und Lea-Sophie, konnte deren Tod aber nicht verhindern.

Foto: ddp

Jessica, sieben Jahre, Hamburg. Kevin, zwei Jahre, Bremen. [Lea-Sophie](#), fünf Jahre, Schwerin. Drei Todesfälle aus drei Jahren, 2005, 2006, 2007. Alle drei Kinder stammten aus Familien, die nicht der Norm entsprechen.

Armen Familien, die ihren Unterhalt nicht selbst verdienten oder deren Haushaltsgeld für Drogen drauf ging - für Alkohol wie bei [Jessicas](#) Eltern, für harte Sachen wie bei [Kevins](#) Eltern. Lea-Sophies Eltern, beide ohne Arbeit, beide in Hartz IV, Plattenbau, leisteten sich neben zwei Kindern auch zwei Hunde und vier Katzen.

Für solche Familien hat sich der Begriff "Rand der Gesellschaft" etabliert, er stammt aus der Gesellschaft selbst, die in ihrer Mitte solche

Familien nicht haben will. Für Jessica, [Kevin](#), Lea-Sophie war dieser Rand ein Abgrund. Aber sie hätten trotzdem nicht hinunterstürzen müssen.

Alle drei Kinder waren bei den zuständigen Ämtern ihrer Städte bekannt. Sozial- und Jugendbehörden wussten um Probleme in diesen Familien; mal exakter, wie im Falle [Kevins](#), für den das Jugendamt auf richterliches Geheiß sogar die Amtsvormundschaft übernommen hatte, der aber trotzdem in der Obhut seines drogensüchtigen Ziehvaters blieb und starb. Mal weniger genau wie bei Jessica, die einfach nicht in der Schule erschien. Die Behördenvertreter klingelten dreimal an der Tür, trafen aber nie jemanden an.

Bei [Lea-Sophie](#) gab es einen Hinweis, dass die Familie in einer schwierigen Lage steckte. Angeblich haben sich daraufhin die Behörden um den Fall gekümmert. Dass das Kind dennoch zwei Wochen später starb, dass es in einem Zustand ins Krankenhaus gebracht wurde, der den Hospitalsprecher an Bilder aus Gefangenenlagern erinnerte, scheint ein unlösbarer Widerspruch zu sein.

**Bildstrecke** Ende eines kurzen Lebens



Trotzdem wusste die Stadtverwaltung Schwerin nur Stunden nach dem Tod des unterernährten, dehydrierten Mädchens, dass den Sozialarbeitern vom städtischen Jugendamt kein Vorwurf zu machen sei. Für den Fall "möglicher Kindeswohlgefährdung" gebe es "ein geregeltes Verfahren. Nach diesem ist (...) auch in dem konkreten Fall gehandelt worden".

Besser als mit diesem Satz hätte die Stadtverwaltung das Dilemma gar nicht beschreiben können. Er nennt gleich zwei Gründe, warum Lea-Sophie nicht geholfen wurde. Grund eins: Es gibt Vorschriften, die zwar der Empfehlung des Deutschen Städtetages zur "Festlegung fachlicher Verfahrensstandards in den Jugendämtern bei akut schwerwiegender Gefährdung des Kindeswohls" entsprechen - aber nicht ausreichen.

Grund zwei: Die Mitarbeiter haben entweder nicht genug Zeit oder nicht genug Mitgefühl, um jenseits dieser Regularien tatsächlich nach den Kindern zu suchen, deren Wohl sie sich anzunehmen haben.

Nicht erst seit [Jessica](#) und Kevin, aber spätestens seitdem müsste klar sein, dass Jugendämter nicht Kinder verwalten sollen, sondern im schlimmsten, nein: im besten Fall deren Lebensretter sein müssen. Dazu braucht es ein Mindestmaß an Überzeugung, so schlimm das Milieu "am Rand der Gesellschaft" auch sein mag, in dem die Not entsteht. Einen Teil dazu müssen die Jugendamtsmitarbeiter selbst leisten, es muss ihre moralische Verpflichtung sein. Daneben müssen sie aber auch ausreichende Mittel an die Hand bekommen. Geld, Personal.

Es braucht Courage, um diese Bedingungen zu kämpfen. Es braucht den Mut der Mitarbeiter, aus den Jugendämtern heraus deren Umbau zu fordern und die Politik zu zwingen. Ein Jahr nach Kevin hat erst ein Bundesland, Schleswig-Holstein, ein Kinderschutzgesetz beschlossen. Sich frustriert hinter viel zu hohe Aktenberge zurückzuziehen und auf Vorschriften zu verweisen, ist ein Alibi.

Lea-Sophie aus Schwerin: Die Öffentlichkeit für einen Aufschrei aus den Ämtern wäre jetzt da, schon zum dritten Mal nach Kevin aus Bremen, nach Jessica aus Hamburg. Eine Öffentlichkeit für Ausreden gibt es nicht.

(SZ vom 23.11.07/cag)

[Artikel drucken](#) | [Fenster schliessen](#)

## Stadt-Berater in der Kritik

### Heimkinder-Streit: Träger sprechen von Interessenkonflikt - Roth sieht kein Problem

von Alexander Schierholz, 21.11.07, 18:49h, aktualisiert 21.11.07, 19:07h

Halle/MZ. Im Streit um das Konzept zum Umgang mit Heimkindern in Halle gerät jetzt der städtische Berater Klaus Roth in die Kritik. "Wenn jemand wie Herr Roth auf der einen Seite die Stadt bei der Ausgestaltung von Leistungen berät, aber auf der anderen Seite selber einen freien Träger vertritt, dann ist das eindeutig ein Interessenkonflikt", sagte Steffen Kröner von der Arbeiterwohlfahrt (Awo) der MZ. Roth wies die Kritik zurück.

Kröner, der Sprecher des Arbeitskreises "Freie Träger Hilfen zur Erziehung Halle" ist, spielt mit seinen Äußerungen auf die Doppelfunktion von Roth an. Dieser ist Geschäftsführer der gemeinnützigen Beratungsfirma "Start", die gemeinsam mit dem Jugendamt das umstrittene Konzept erarbeitet hat. Zugleich führt Roth die Geschäfte bei der Jugendwerkstatt "Frohe Zukunft", die in Halle unter anderem Kindergärten und Horte betreibt.

"Das sind genau die Einrichtungen, die mit diesem Konzept gestärkt werden sollen", kritisierte Kröner. Tatsächlich will die Stadt dem Papier zufolge statt auf Heimerziehung stärker auf ambulante Betreuung und Prävention setzen - unter anderem mit der Hilfe von Kindergärten, Horten oder Jugendzentren (die MZ berichtete).

Roth kann an der Konstellation nichts Verwerfliches finden. "Ich sehe keinen Interessenkonflikt", sagte er der MZ. Die Jugendwerkstatt "Frohe Zukunft" werde nicht plötzlich den Bereich der ambulanten Hilfen komplett ausfüllen. "Wir werden uns dort so einbringen wie bisher, nicht stärker." Im übrigen erhalte er für seinen Geschäftsführerposten bei der Jugendwerkstatt kein Geld. "Diese Tätigkeit ist über einen Geschäftsbesorgungsvertrag mit der Stiftung Evangelische Jugendhilfe in Bernburg geregelt", so der Pädagoge. Dort fließe das Geld hin. Roth ist Vorstandsvorsitzender der Stiftung, die wiederum in Sachsen-Anhalt auch Heime betreibt, aber nicht in Halle. Das soll laut Roth auch so bleiben: "Ich habe eine Zusage gegeben, dass die Stiftung in Halle nicht direkt auftreten wird. Daran halte ich mich. Ich habe immer sauber gespielt."

Klaus Roth ist im halleschen Jugendamt kein Unbekannter. Seine Beratungsfirma "Start" hatte unter anderem vor Jahren bereits die Jugendzentren der Stadt evaluiert. Seine Rolle wird nach MZ-Informationen auch bei anderen freien Trägern kritisch gesehen. Öffentlich äußern will sich dazu aber niemand. Offenbar herrscht die Angst vor, sonst bei der Belegung von Heimplätzen nicht mehr zum Zuge zu kommen. Kröner sagte, die Heimbetreiber seien in diesem Punkt abhängig von den Anfragen des Jugendamts. Die Forderung von Amtsleiter Lothar Rochau, die Träger müssten flexibler werden, wenn sie weiter mitarbeiten wollten (die MZ berichtete), sei deshalb als klare Drohung zu werten.

Auch die Diskussionen über die Sparvorgaben in der Jugendhilfe, so der Awo-Mann, hätten Befürchtungen ausgelöst, dass Arbeitsplätze verloren gehen könnten. "Die Träger haben im Auftrag der Stadt eine Infrastruktur mit unter dem Strich mehr als 100 Beschäftigten aufgebaut. Derzeit fehlt aber eine klare Perspektive", beklagte Kröner. Den Vorwurf einer "Heim-Mafia", von der unter Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses die Rede ist, wies er zurück. "Es ist lächerlich zu behaupten, hier würden aus wirtschaftlichem Interesse Heimkapazitäten künstlich hochgehalten."

## Opfer der Sozialhilfe?

### Kind in Schwerin verhungert

Von Jacqueline Boysen

**Üblicherweise klingeln die Alarmglocken erst, wenn es zu spät ist. Anders der Fall des fünfjährigen Mädchens aus Schwerin, das im Alter von fünf Jahren unter den Augen der eigenen Eltern qualvoll hungern und dursten musste, und für das schließlich alle Hilfe zu spät kam.**

In Schwerin schrillten die Alarmglocken vorher und trotzdem ist nichts passiert: Die Leiterin des städtischen Jugendamts hatte dem Vernehmen nach bereits vor einem Jahr vor dem für die Jugendhilfe zuständigen Ausschuss des Stadtparlaments eine ungewöhnlich drastische Formulierung gewählt, um auf die besorgniserregend schlechte Ausstattung ihres Amtes aufmerksam zu machen: Sie könne nicht garantieren, dass in Schwerin nicht auch eines Tages ein totes, will sagen an Verwahrlosung gestorbenes, Kind gefunden werde.

Wer in solchen Worten spricht, muss arg in Bedrängnis sein. In Schwerin, einer Stadt, in der die Kinderarmut nach Aussage vom Paritätischen Wohlfahrtsverband mit einer Quote von fast 35 Prozent doppelt so hoch ist wie im Bundesdurchschnitt, ist das Jugendamt von Mittel- und Personalkürzungen betroffen - und offenbar überhören die Haushälter der Stadt auch schrillste Hilferufe wie den der Jugendamtsleiterin. Sie hat tapfer geschildert, dass ihre Arbeit schwieriger wird, weil die Fälle heikler werden, mit denen ihr Jugendamt konfrontiert ist.

Und doch muss auch diese sich die Frage gefallen lassen, ob ihre Mitarbeiter nicht ihrerseits zu nachlässig waren. Eine Familie, die bereits unter Beobachtung von Sozialarbeitern stand, kann sich so tief wegducken, dass die Unterernährung einer Fünfjährigen nicht auffällt? Überlastung hin oder her - hier ist die amtliche Betreuung nicht mit gebührender Sorgfalt vorgegangen.

Dass der Sozialdezernent der Landeshauptstadt dennoch wacker die Arbeit seiner Ämter verteidigt, gehört wohl zu seinen Aufgaben. Dass er gestern allerdings noch versuchte, der Öffentlichkeit weiszumachen, man könne flächendeckend den geltenden Vorschriften genüge tun, war wohl mehr als ungeschickt. Und also ist verständlich, dass er heute vorzieht zu schweigen.

Aber es wird alles nicht helfen: Das Netz, das Kinder auffängt, die von ihren Familien fallen gelassen oder gequält werden, muss enger gestrickt werden. Eltern, die mit den Tiefs in ihrem eigenen Leben überfordert sind, brauchen Hilfe von der Gemeinschaft - und zwar so früh wie möglich. Und sie brauchen die richtige Hilfe: Ermutigung und sinnstiftende Anregung, Beschäftigung und positive Erfahrungen, die sie ihren Kindern weitergeben können - das ist etwas, das sich nicht in finanzieller Unterstützung erschöpft, sondern den Kern des Gemeinwesens berührt.



[DIESE SEITE DRUCKEN](#) (Version vom: 21.11.07)

Neues Betreuungskonzept

## Platz in Problemfamilie

Halle will verstärkt ambulante Hilfen für Kinder in Not einsetzen - Kritik von Fachleuten

von Alexander Schierholz, 18.11.07, 21:33h, aktualisiert 18.11.07, 21:45h

**Halle/MZ.** Seit Dennis im Heim lebt, geht es Nicole N. besser. Als ihr achtjähriger Sohn noch zu Hause wohnte, trieb er sich häufig rum, prügelte sich auf dem Schulhof, schlug seine Mutter. Die 28-Jährige, arbeitslos seit Jahren, war überfordert, wusste ihm keine Grenzen zu setzen. Weil sie nicht bestimmte, bestimmte der Junge. Wenn im haleschen Jugendamt eine Dienstanweisung vom 3. September umgesetzt worden wäre, wäre Dennis wohl wieder zu Hause. "Aber soweit sind er und seine Mutter noch nicht", warnt Frank Germann vom Paritätischen Wohlfahrtsverband, der den Fall betreut. "Dann würde die Situation wieder eskalieren."

Knapp 320 Kinder und Jugendliche leben in haleschen Heimen, "alle", so steht es in jener Anweisung, sollten in ihre Familien "zurückgeführt" werden, binnen weniger Wochen. Der Grund: Halle muss sparen. "Geht man davon aus, dass 90 Prozent in ihre Familien zurückkehren können, ergibt sich ein Einsparvolumen von 2,18 Millionen Euro", heißt es weiter. Die Empörung in der Öffentlichkeit ist groß. Als Negativbeispiel gerät Halle bundesweit in die Schlagzeilen.

Und plötzlich ist das alles nicht so gemeint. Auf Anordnung seiner Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados (SPD) hat Jugendamtsleiter Lothar Rochau die Dienstanweisung Ende Oktober zurückziehen müssen - um sie zu überarbeiten. Jetzt sitzt Rochau am runden Besprechungstisch in seinem Büro und ringt um Worte. Von einer "unglücklichen Formulierung" spricht er, von einer "Modellrechnung", die nur habe deutlich machen sollen, wieviel Geld gespart werden könnte. Und beteuert: "Um Haushaltskonsolidierung ging es nie."

Im Grundsatz aber hält die Stadt an ihrem Konzept fest: Möglichst viele Kinder sollen aus Heimen wieder raus, stattdessen wird auf ambulante Hilfen und Prävention gesetzt. "Pro-aktive Systeme" haben sie das genannt. "Es geht darum, Hilfen zu entwickeln, bevor etwas passiert", erläutert Klaus Roth von der Sozialberatungsfirma "Start", die das Konzept gemeinsam mit der Spitze des Jugendamtes entwickelt hat.

Der Plan sieht so aus: In den Stadtquartieren setzen sich diverse Akteure - von Kitas über Jugendzentren, Wohnungsgesellschaften und Kirchengemeinden bis hin zu Bildungsträgern und Sportvereinen - regelmäßig zusammen und koordinieren Hilfsangebote für Kinder und Familien. So könnte ein Jugendklub Hausaufgabenhilfe anbieten, eine Kindergärtnerin sich zusätzlich um auffällig gewordene hyperaktive Kinder kümmern.

Wie das funktionieren soll, bleibt Experten und Praktikern indes ein Rätsel. "Das ist so, als ob man nur noch Kondome verteilt und auf Aids-Therapie komplett verzichtet", urteilt Johannes Herwig-Lempp, Professor für Sozialarbeit an der Hochschule Merseburg. "Es geht um Kinder", sagt Frank Germann, "die nicht genügend zu Essen bekommen von ihren Eltern, die keinen regelmäßigen Tagesablauf kennen, die in vermüllten Wohnungen allein gelassen werden, die misshandelt werden oder selber ihre Eltern schlagen." Denen und ihren Familien wolle man mit Kitas, Jugendzentren und Sportvereinen helfen. "Das geht an der Situation dieser Menschen vorbei." Und dass sich damit Geld einsparen lasse, sei nicht belegt.

Wegen der Verknüpfung mit der Haushaltskonsolidierung hält der Landesvorsitzende des Kinderschutzbundes, Roland Merten, die halleischen Pläne sogar für rechtswidrig. Finanzielle Belange, so der Professor für Sozialpädagogik an der Uni Jena, dürften laut Gesetz keine Rolle spielen bei Entscheidungen über Hilfen zur Erziehung.

Rochau hält dagegen: Am 18. September, da war die Dienstanweisung gerade ein paar Tage draußen, versicherte er per Rundbrief an seine verunsicherten Mitarbeiter, die "Aufgabenerfüllung - im Rahmen gesetzlicher Pflichtleistungen -" stehe "in keinster Weise zur Disposition". Aber, schiebt der Amtschef jetzt nach, die Jugendhilfe müsse "wegkommen von der Reparaturbrigade". Und man dürfe nicht nur die Kinder im Blick haben, sondern müsse auch mit deren Familien arbeiten. Rochau sieht dabei die Heimbetreiber gefordert: "Wer bei uns mitarbeiten will, muss flexibler werden."

Das klingt wie eine Drohung an die Sozialverbände - die von Mitgliedern des städtischen Jugendhilfeausschusses mitunter als "Heim-Mafia" bezeichnet werden, die allein wirtschaftliches Interesse habe. Sven Spier, Referent für Jugendhilfe beim Paritätischen Wohlfahrtsverband, kontert: "Die Träger bekommen ihre Kosten aus öffentlichen Geldern erstattet. Sie dürfen gar keinen Gewinn machen."

Derweil geht die Zahl der in Heimen betreuten Kinder und Jugendlichen zurück. 1995 verzeichneten die Verbände 488 Fälle in Halle, derzeit sind es rund 320. Dass die ambulanten Angebote zugleich ausgebaut wurden, erkennt auch Träger-Vertreter Germann an: "Es gibt viele gute Ansätze, damit Familien zu Hause zusammenbleiben können." Heimerziehung werde aber nie ganz ersetzt werden können.

Die Namen der Mutter und ihres Sohnes sind geändert.

---

Direkter Link zum Artikel: '<http://www.mz-web.de/artikel?id=1194628285249>'

---



[DIESE SEITE DRUCKEN](#) (Version vom: 21.11.07)

---

Dagmar Szabados

## «Böswillige, verkürzte Darstellung»

erstellt 18.11.07, 21:33h, aktualisiert 18.11.07, 21:42h

**Halle/MZ.** Über die umstrittenen Pläne zum Umgang mit Heimkindern in Halle sprach unser Redakteur Alexander Schierholz mit Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados (SPD).

*Die Dienstanweisung zum Umgang mit Heimkindern wird überarbeitet. Haben Sie dem öffentlichen Druck nachgegeben?*

**Szabados:** Man konnte die Dienstanweisung in ihrer ersten Form fehlinterpretieren, wenn man das wollte. Es gibt offensichtlich Interesse daran zu sagen, wir schicken Heimkinder zurück ins Elend, um Geld zu sparen. Das ist eine böswillige, verkürzte Darstellung. Für uns steht das Kindeswohl an erster Stelle.

Wer hat daran Interesse?

**Szabados:** Ich höre vor allem Einwände von Freien Trägern der Jugendhilfe, die auch Heime betreiben. Da ist natürlich ein Interesse da, die vorhandenen Heimkapazitäten auszulasten.

Wenn die Dienstanweisung nur fehlinterpretiert worden ist, warum wird sie dann überarbeitet?

**Szabados:** Sie ist zum Teil schlecht formuliert. Man muss noch deutlicher herausstellen, dass wir das Beste für die Kinder wollen und deshalb jedes Kind und jede Familie genau in den Fokus nehmen.

Aber diese Prüfungen sind doch ohnehin vorgeschrieben. Viele Mitarbeiter im Jugendamt sind verärgert und verunsichert und fühlen sich in ihren Kompetenzen angegriffen. Haben die alle so schlecht gearbeitet, dass man ihnen sagen muss, was zu tun ist?

**Szabados:** Unsere Mitarbeiter leisten in der Regel gute Arbeit. Wir haben sie geschult und arbeiten an dem Prozess der Umstrukturierung der Jugendhilfe, der da heißt "ambulant vor stationär", natürlich fachlich begründet, schon seit vielen Jahren. Dazu gehört auch, dass wir die bestmögliche Qualität erreichen im Sinne des Wohls der Kinder und deren Familien. Dabei ist es für die Leitungsebene des Jugendamtes legitim, die Fachlichkeit der Mitarbeiter - wobei auch Kostenbewusstsein hinsichtlich der eingesetzten öffentlichen Gelder dazugehört - zu bewerten. Manchen Mitarbeitern muss man deutlich machen, dass es noch mehr als Heime gibt. Sie wählen häufig eine Heimeinweisung, weil sie sich damit auf der sicheren Seite fühlen. Aber auch Heimerziehung kann falsch sein. In Familien, die durch ambulante Maßnahmen unterstützt werden können, sind Kinder in jedem Fall besser aufgehoben.

---

Direkter Link zum Artikel: <http://www.mz-web.de/artikel?id=1194628285247>

---



[DIESE SEITE DRUCKEN](#) (Version vom: 21.11.07)

---

Heimkinder

## Halle über dem Durchschnitt

erstellt 18.11.07, 21:33h, aktualisiert 18.11.07, 21:45h

**Halle/MZ/asc.** Die Zahl der Heimkinder in Halle liegt mit knapp 320 etwa 20 Prozent über dem Durchschnitt anderer Städte ähnlicher Größe. Als Grund führen Experten die sozialen Bedingungen an. So habe Halle eine der höchsten Kinderarmutsquoten in Deutschland, sagt Sven Spier vom Paritätischen Wohlfahrtsverband. Nach einer Studie des Verbandes lebten 2005 in Halle 34,6 Prozent der Kinder unter 15 Jahren in Familien, die mit weniger als der Hälfte des Durchschnitts-Jahreseinkommens von 32 000 Euro auskommen müssen und damit als arm gelten. Bundesdurchschnitt: 13,4 Prozent.

**Ein Heimplatz kostet jährlich etwa 40 000 Euro.** Halle gibt für Jugendhilfe 20 Millionen Euro pro Jahr aus. Darunter fallen Kosten für Heimkinder, aber auch Ausgaben für rund 700 Kinder und Jugendliche, die ambulant betreut werden. In Magdeburg sind es 13,5 Millionen Euro. Spier hält den Vergleich aber nur für bedingt möglich. Die Kommunen definierten unterschiedlich, was als Hilfe zur Erziehung gelte.

---

Direkter Link zum Artikel: '<http://www.mz-web.de/artikel?id=1194628285266>'

---



[DIESE SEITE DRUCKEN](#) (Version vom: 21.11.07)

---

Heimkinder

## Hauruck-Aktion schadet

von Alexander Schierholz, 18.11.07, 21:33h, aktualisiert 18.11.07, 21:46h

**Halle/MZ.** Spätestens seit dem vergangenen Jahr wird in Deutschland intensiv über die Verwahrlosung von Kindern und die Misshandlung durch ihre Eltern diskutiert. Immer wieder werden neue schwere Fälle bekannt. Beim Blick auf die Vorgänge in der halleschen Jugendhilfe müssen deswegen alle Alarmglocken schrillen: Halle will Heimkinder in ihre Familien zurückschicken.

Dass das Jugendamt mittlerweile ein Stück zurückgerudert ist, dieses Ziel nicht mehr eindeutig mit Einsparungen in Höhe von zwei Millionen Euro verknüpft und jeden einzelnen Fall genauer prüfen will - es macht die Sache nicht besser. Denn der Schaden ist groß: Eltern sind ebenso verunsichert wie Amtsmitarbeiter. Experten sind entsetzt. Was bleibt, ist der fatale Eindruck, dass die Schwächsten der Gesellschaft nur ein Kostenfaktor sind.

Dabei ist die Familie dem Heim ohne Zweifel vorzuziehen - wenn sie funktioniert. Sicher können dabei, wie in Halle geplant, verschiedene Akteure in einem großen Netzwerk helfen - wenn sie dazu in der Lage sind. Solche Strukturen aber müssen erst aufgebaut werden. Eine Hauruck-Aktion schadet am Ende nur den betroffenen Kindern.

**Kontakt zum Autor:** [Alexander Schierholz](#)

---

Direkter Link zum Artikel: '<http://www.mz-web.de/artikel?id=1194628285255>'

---

## **Auszug aus: Machtkampf in Halles Rathaus**

### **Gezerre um Jugendhilfe – Kritik an „Fachkonzept“ – Sparplan vorerst gescheitert**

HALLE. Eine Dienstanweisung, Protestschreiben, anonyme Briefe, das „Fachkonzept des Fachbereiches Kinder, Jugend und Familie“ und der Sparwahn im Zuge der Haushaltskonsolidierung sind Zutaten eines Machtkampfes in Halles Jugendamt. [...]

Warum gärt es im Jugendamt, wer ist Klaus Roth und was verbirgt sich hinter Start? Seit 2002 befasst sich die Stadt Halle mit der Konsolidierung des Haushaltes. Ins Visier gerieten dabei auch die immensen Kosten des Jugendamtes (2007 allein 20,15 Millionen Euro für HzE), die nach SN-Informationen allerdings im Bundesdurchschnitt liegen. 2005 stand fest, dass das Jugendamt neu strukturiert und ein Fachkonzept erarbeitet werden soll.

Mit der Beratung wurde schließlich die Start gGmbH, ein bundesweit tätiger freier Träger der Jugendhilfe aus Bernburg, beauftragt, bei der Klaus Roth einer der Geschäftsführer ist. Roth ist in Halle Vorstandsvorsitzender der Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft“ und konnte seinen Einfluss in der Stadt sukzessive ausbauen. Das Jugendamt hatte der Herausgeber des Jugendhilfe-Fachblattes „Jugendhilfe“ bereits in der Vergangenheit mehrfach beraten.

Die „Begleitung und Evaluation der Jugendhilfe unter Sozialraumaspekten, mit dem Ziel der effektiveren Nutzung der präventiven Potentiale des Sozialraums“ begann verspätet im März 2006. Aus der Zusammenarbeit von Start und dem Jugendamt entstand ein „Fachkonzept“. Es lag im Juli 2006 vor. Laut Rochau stimmte der Jugendhilfeausschuss dem Papier im Oktober 2006 zu - die neun Stadträte des Gremiums überstimmten die mit (nur) sechs Stimmen ausgestatteten freien Träger, die geschlossen dagegen waren. Rochau führt gemäß seinem Dienstverhältnis im Rathaus das Beschlossene aus, hält den „radikalen Umbau“ der Jugendhilfe jedoch auch selbst für notwendig und fachlich fundiert. Ungelöst bleibt offenbar das Dilemma, dass die, mit denen er arbeiten muss, Widerstand leisten und bremsen.

Da Roth selbst in der Jugendhilfe tätig ist und das auch in Halle, kann er nicht zugleich Berater sein, sagt Steffen Kröner, Sprecher des halleschen Arbeitskreises „Freie Träger Hilfen zur Erziehung“. Die Beratung sei zudem erfolgt, ohne alle beteiligten Fachkräfte einzubeziehen. Ferner ist die im Konzept formulierte, bei Halles Stadtplanern schon länger übliche Sozialraumorientierung auf die HzE nicht anwendbar, bemängelt auch Stadträtin Sabine Wolff. Dass im Bereich HzE binnen zweier Jahre vier Millionen Euro gespart werden sollen, hält nicht nur sie für unrealistisch. 2007 sollten die ersten zwei Millionen Euro gespart werden. Laut Rochau war aber schon Mitte des Jahres klar, dass das nicht funktioniert. Jetzt ist endgültig klar, dass die Sparaufgabe ins nächste Jahr verschoben wird.

Roth bestreitet den Interessenkonflikt und verweist bei Vergabe und Ausführung der Beratung auf die Wünsche der Stadt. Das im Wesentlichen mit den Spitzen der Jugendhilfe erarbeitete Fachkonzept sei zukunftsweisend. Die Umsetzung koste aber Zeit und Geld und erzeuge wegen des radikalen Schnitts natürlich auch Widerstand. Ferner weist Roth den Vorwurf zurück, er würde für den Auftrag der 300.000 Euro kassieren. De facto seien es 160.000 Euro.

Was von allen Kritikern des Fachkonzepts zu hören ist, betonte auch Prof. Peter Schruth, der den Berliner Rechtshilfefonds Jugendhilfe (BRJ, Internet: [www.brj-berlin.de](http://www.brj-berlin.de)) mit betreibt, am Rande einer Fachtagung zur Jugendhilfe am Freitag in Halle: Halle stellt die Jugendhilfe auf den Kopf. Um Kosten zu sparen, soll ein Bedarf definiert werden. Das sei weder möglich noch gesetzeskonform.

*Martin Schramme*

## **„Gelbe Karte“ als frühes Warnsignal**

### **Arbeitskreis will Beschwerde- und Vermittlungsstelle einrichten - Verein «Lotse Halle» ab 2008**

Von Heidi Pohle, 16.11.07, 17:22h, aktualisiert 16.11.07, 19:54h

Halle/MZ. Eine junge Mutter mit zwei Kindern, Hartz-IV-Empfängerin. Sie fühlt sich überfordert mit der Erziehung und bittet beim Jugendamt um Unterstützung. Dort weist man sie ab. Sie wagt keinen Widerspruch, obwohl sie sich ungerecht behandelt fühlt. "Das wäre ein typischer Fall für uns", sagt Prof. Peter Schruth von der Hochschule Magdeburg. Er ist einer der rund 20 Initiatoren des Arbeitskreises, zu dem Fachkräfte aus der Jugendhilfe, von Hochschulen (Magdeburg und Merseburg) sowie der Uni Halle gehören. Die junge Frau aus dem geschilderten Beispiel könnte sich in ihrer Not an die unabhängige Beschwerde- und Vermittlungsstelle wenden; der Verein "Lotse Halle" soll Anfang 2008 nach einem Jahr Vorbereitung die Arbeit aufnehmen. Peter Schruth kennt solche Fälle aus Berlin, wo im Jahr 2002 die erste derartige Stelle eröffnet wurde.

Denn Probleme könne es - aus Sicht der Klienten - immer geben: mit dem Sozialarbeiter vom Amt, dem Betreuer der Wohngruppe oder der Familienhelferin. "Gerade in Zeiten knapper Kassen werden bundesweit Interessen, Wünsche und Rechte von den Profis leicht übersehen", sagt er. In Halle sieht der Arbeitskreis besonderen Handlungsbedarf angesichts "radikaler Leistungskürzungen vor allem bei den Hilfen zur Erziehung", wie Prof. Johannes Herwig-Lempp von der Hochschule Merseburg sagt. Eine Anweisung, wonach alle Kinder und Jugendlichen aus Heimen zurück in ihre Familien sollen (MZ berichtete), sei noch nicht vom Tisch. Solch massive Kürzungen erhöhten das Risiko, dass Betroffene nicht gehört würden.

Halle ist nach Berlin und Stuttgart bundesweit die dritte Stadt, die eine Stelle dieser Art bekäme. "Je eher alle Beteiligten über Probleme reden, umso besser gelingt die Zusammenarbeit." Statt Ärger anwachsen zu lassen oder vor Gericht zu ziehen, könne man den "Lotsen" einschalten, so Herweg-Lempp.

Steffen Kröner, Geschäftsführer der Erziehungshilfe der Awo und Sprecher des Arbeitskreises, sieht noch einen anderen Aspekt, der für die Beschwerdestelle spricht: "Mit mündigen, selbstbewussten Klienten kann man besser arbeiten." Zwischen beiden Seiten einvernehmliche Lösungen zu erreichen, das ist das Ziel der ehrenamtlichen Berater. Um es Klienten leichter zu machen, ihren Ärger zu zeigen, wird zudem eine "gelbe Karte" bei sozialen Dienstleistern ausliegen. Sie soll Fachkräften frühzeitig signalisieren: Da stimmt etwas nicht.

<http://archiv.mz-web.de/mz-web/gesperrt/show.jsp?aid=6539395213295990&openMenu=1012569559775&calledPagelId=1012569559775&listid=1016799959889> (rev. 18.11.07, 17:35)

## **Schlachtfeld Jugendhilfe**

### **In Halle läuft eine Kampagne gegen die Neuausrichtung der Jugendhilfe**

Von MARIANO ALBRECHT

Halle macht Schlagzeilen wie diese: "Heimkinder sollen in Problemfamilien abgeschoben werden." Es geht um die Konsolidierung des Haushaltes, in der Jugendhilfe soll gespart werden. Doch was passiert wirklich?

In den Heimen und Pflegeeinrichtungen der Stadt Halle werden zirka 340 Kinder und Jugendliche betreut, die aus problematischen familiären Verhältnissen in staatliche Obhut genommen werden mußten. Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados (SPD) und Jugendamtsleiter Lothar Rochau haben nun beschlossen, die Heime zu leeren und die Kinder und Jugendlichen aus deren Obhut vor die Tür zu setzen. Zurück in die Familien, in denen sie Vernachlässigung, Gewalt, Alkohol und Drogenmißbrauch ausgesetzt waren, heißt es.

Die Stadt hat angeblich kein Geld mehr für den Unterhalt der Einrichtungen, die weitgehend von freien Trägern der Jugendhilfe betrieben werden. Das Konzept für die Haushaltskonsolidierung im Sozialbereich wurde nicht etwa vom Jugendamt erarbeitet.

Dagmar Szabados, damals noch Sozialdezernentin, beauftragte bereits im Jahr 2005 die gemeinnützige START gGmbH, ein Beratungsunternehmen im Sozialbereich, mit der Erarbeitung eines Konzeptes und gab dafür viel Geld aus. In den Jahren 2005 und 2006 sollen 160000 Euro an START und den Geschäftsführer Klaus Roth geflossen sein. Zwei Millionen Euro sollten mit dem Konsolidierungskonzept bis zum Jahresende eingespart werden. Medien, freie Träger und Mitarbeiter der Jugendhilfe laufen Sturm gegen Szabados, Roth und den Leiter des Jugendamtes Lothar Rochau. Doch es geht nicht darum, Problemkinder auf die Straße zu setzen.

In einer dilettantisch formulierten Dienstanweisung forderte Rochau am 3. September seine Sozialarbeiter auf, bis zum 30. September alle Kinder und Jugendlichen in ihre Familien zurückzuführen. Ein nicht realisierbares Unterfangen, da die meisten Heimbewohner per richterlichem Beschluß in die Obhut der Einrichtungen gelangten. Das hätte Rochau wissen müssen. Absicht oder Taktik?

Sozialexperte Herwig Lempp von der Fachhochschule Merseburg kritisiert, daß kaum Jugendamtsmitarbeiter und freie Träger in die Entwicklung des Sparkonzeptes einbezogen wurden. Mitarbeiter des Jugendamtes berichten von der "Zerschlagung" funktionierender Arbeitsstrukturen. Veränderungen können unangenehm sein.

Freie Träger sehen das Kindeswohl gefährdet und meinen die eigene Existenz. Immerhin geht es um einen geschätzten Etat von 18,5 Millionen Euro pro Jahr. Ein Heimplatz kostet monatlich 3000 Euro für jedes Kind.

Die START gGmbH und ihr Geschäftsführer Klaus Roth gingen mit markigen Begriffen von "Kompetenzteams", "multiprofessionellen Teams" und "Sozialräumen" an die Aufgabe, alte Strukturen zu entflechten. Unter der "Prämisse der Installierung von geeigneten Hilfen für das Familiensystem und der Sicherung des Kindeswohls" sollen zukünftig teure Heimplätze zur Ausnahme werden. Im Klartext heißt das, erklärt Klaus Roth, "es nach Möglichkeit gar nicht erst zur Heimeinweisung kommen zu lassen". Sein Konzept basiert auf einer Begleitung von Problemfamilien durch Sozialarbeiter, nicht vom Schreibtisch aus, sondern vor

Ort, zum Beispiel in Familienwohngruppen oder durch Hausbesuche von Sozialarbeitern. Doch warum stehen offenbar alle freien Träger und auch die Mitarbeiter des Jugendamtes gegen die Neuausrichtung?

Lothar Rochau rudert zurück, spricht von unglücklichen Formulierungen in seiner Dienstanweisung. Unglücklich war offensichtlich auch die Führung seines Amtes in der Vergangenheit, durch die das Heim für viele Jugendliche zur Endstation wurde. Für die Betreiber der Heime ein einträgliches Geschäft. Durch die Umstrukturierungen könnte ein Teil gesicherter Pfründe neu verteilt werden. Doch für notwendige Fälle soll es auch in Zukunft Heimplätze geben, versichert ein Sprecher der Stadt.

Unruhe auch durch ungeschicktes taktieren der Stadt. Das ruft Verprellte und Neider auf den Plan. Angeblich hat Szabados Roth im Rahmen der Anbahnung einer Städtepartnerschaft zu einer Reise nach China verholfen. In Wahrheit hatte man Roth gefragt, ob er als Sozialexperte auf Wunsch der Gastgeber mitfahren könnte, die Reisekosten hatte Roth selbst übernommen.

## Hallesche Jugendamtsmitarbeiter rebellieren

### Sparmaßnahmen - Nach HZE-Dienstanweisung wenden sich Mitarbeiter mit scharfer Kritik an die Öffentlichkeit

(ens) Mit offenen Briefen haben sich jetzt zahlreiche Mitarbeiter des halleschen Jugendamtes und des sozialen Dienstes an die Öffentlichkeit gewendet. Hintergrund ist eine Dienstanweisung von Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados und Jugendamtsleiter Lothar Rochau, mit der ein Großteil der über 300 Heimkinder aus Kostengründen nach Hause geschickt werden sollte. Erst nach mehreren Wochen und heftiger Kritik in der Presse hatte die Oberbürgermeisterin den Amtsleiter angewiesen, die Dienstanweisung zu "überarbeiten". Rochau hatte erklärt, die Anweisung sei "unglücklich formuliert" gewesen. So habe er "Überprüfung" statt "Rückführung" schreiben wollen. Eine Überarbeitung der Dienstanweisung ist allerdings bis heute nicht geschehen.

Weder interne Gesprächsversuche der Mitarbeiter mit ihrer Leitung noch die in der Öffentlichkeit geführte Diskussion hätten zu einer Änderungen der Strategie der Stadtspitze und zu Verbesserung der Situation geführt, bemängelt Johannes Herwig-Lempp, Professor für Sozialarbeit an der Hochschule Merseburg. Weil sie Angst vor Sanktionen haben, äußere sich ein Großteil der Mitarbeiter anonym, so Herwig-Lempp.

So schreibt eine Mitarbeiterin: "Dieses System ist krank - todkrank, und kann meines Erachtens nur durch Austausch von Personen gesunden. Die Situation habe ich noch nie so ernst erlebt." Ein weiterer Mitarbeiter sprach von einer Wiege des Irrsinns: "Von präventiver Arbeit sind wir weit entfernt. Es werden Dinge in der Leitungsebene entwickelt, welche wir umsetzen sollen, ohne mit uns darüber zu reden oder vielleicht sogar die erforderlichen Rahmenbedingungen zu schaffen. Der reine Wahnsinn! Man kann es kaum klar benennen", kritisiert der Mitarbeiter. "Klaus Roth hat es mit seiner Beratungsfirma START geschafft, die Struktur unseres Jugendamtes so radikal umzugestalten, dass wir negativ bundesweit bekannt geworden sind", will ein weiterer Mitarbeiter den Grund für die Misere ausgemacht haben. Roth habe es "mit seinem Fachkonzept, das er gemeinsam mit der obersten Leitungsebene unseres Amtes erarbeitet hat, geschafft, Altbewährtes und gut Funktionierendes zu zerstören."

Weitere Zitate aus den Briefen der Mitarbeiter:

"Unsere Oberbürgermeisterin erklärt in Interviews, dass die Mitarbeiter bislang nicht richtig geprüft hätten, in den Hilfeplangesprächen immer nur gefragt werde, ob es dem Kind gut gehe, und nicht geklärt werde, ob es auch wieder in den elterlichen Haushalt zurückgeführt werden könnte. Es macht traurig, hilflos und wütend, derart unfachlich in der Öffentlichkeit beschrieben zu werden. Eine Darstellung die in keiner Weise der Realität entspricht, in der von uns sehr wohl immer wieder gründlich geprüft wird, ob eine Hilfe noch geeignet und notwendig ist."

"Während sich bei uns Mitarbeitern Gefühle wie Ohnmacht, Hilflosigkeit, Resignation und Wut verbreiten, wird weiter auf dem Fachkonzept bestanden. Die hier erarbeiteten und bewährten Strukturen wurden auf Kosten von Qualität und Fachlichkeit ersatzlos aufgelöst und gestrichen. Dies ist nicht akzeptabel. Aktuell scheint sich das Chaos als eine beständige Größe innerhalb des Jugendamtes entwickelt zu haben. Dass hier Bürgerinteressen im Mittelpunkt stehen, ist nicht erkennbar. Generell ist eine präventive Arbeit sinnvoll und wünschenswert. Leider sind die erforderlichen Voraussetzungen bislang nicht geschaffen wurden. Ich sehe meine Arbeit momentan eher als eine 'Problemverwaltung' und fühle mich nur in der Lage, in der entsprechenden Situation zu reagieren."

"Herr Roth wurde mit unterschiedlichen Fragen konfrontiert ... Herr Roth gab den Mitarbeitern hierzu folgende Antwort: '...die Fallzuständigkeit bleibt bei dem Sozialarbeiter. Denken Sie aber daran, Sie werden bluten müssen, und wenn es Ihnen nicht gefällt, dann können Sie ja gehen.' ... Ich vermisse immer mehr die Fachlichkeit, Menschlichkeit und Anerkennung in diesem Jugendamt."

## **Mieses Klima im Jugendamt**

### **Mitarbeiter beschwerten sich per Brief - Angst um Jobs - Rochau weist Kritik zurück**

von Alexander Schierholz

Halle/MZ. Verbreitet wurden die Schreiben, die an Medien, freie Träger und Stadträte gingen, von Johannes Herwig-Lempp. Der Professor für Sozialarbeit an der Hochschule Merseburg gehört zu den schärfsten Kritikern des Konzepts, das statt auf Heimerziehung stärker auf Prävention und ambulante Hilfen setzt. Laut Herwig-Lempp wurden die Namen der Verfasser geändert, weil die Mitarbeiter Angst vor Sanktionen und um ihren Arbeitsplatz hätten.

In den Briefen ist von Frust, Demotivation und erheblichem Druck von oben die Rede. Die Mitarbeiter kritisieren, dass sie an der Erarbeitung des Konzeptes nicht beteiligt worden seien. Auch jetzt würden ihre Bedenken und Anregungen nicht ernst genommen. "Kommunikation innerhalb des Amtes erfolgt in Form von Anweisungen oder Mitarbeiterbriefen. Kritische Anmerkungen sind nicht gewünscht", heißt es etwa.

Beklagt wird auch eine Neuorganisation innerhalb des Amtes, bei der Teams verschiedener Fachabteilungen - etwa der Jugendgerichtshilfe, des Pflegekinderdienstes oder des Allgemeinen Sozialen Dienstes - aufgelöst und neu zusammengestellt worden waren. Dadurch müssten jetzt Mitarbeiter, die bisher beispielsweise nur mit Verwaltungstätigkeiten befasst waren, über Hilfen zur Erziehung mitentscheiden, heißt es. Erschwert werde die Arbeit durch einen enormen Zeitaufwand, weil die neuen Teams auf mehrere Standorte verteilt seien. "Altbewährtes und gut Funktionierendes" sei so zerstört worden. Eine Beschäftigte, die ungenannt bleiben will, bestätigte gegenüber der MZ diese Angaben: "Die Unzufriedenheit ist riesengroß", sagte sie. Viele fühlten sich überfordert und machten nur noch "Dienst nach Vorschrift".

Jugendamtsleiter Lothar Rochau nannte die Kritik in Form anonymer Briefe am Freitag "unakzeptabel" und wies sie zurück. Zwar sei ein erstes "Rahmenkonzept" tatsächlich nur von der Amtsspitze gemeinsam mit der Beratungsfirma "Start" erarbeitet worden. Mit einem Kreis von etwa einem Dutzend Mitarbeiter verschiedener Abteilungen sei das Papier dann aber "mit Inhalt gefüllt" worden. Im übrigen sei er ständig mit den verschiedenen Teams im Gespräch, so der Amtsleiter. Und: "Mir haben auch Mitarbeiter geschrieben, die finden, wir sind auf dem richtigen Weg." Rochau verteidigte zudem die Umstrukturierungen. Es sei notwendig, verschiedene Kompetenzen zusammenzubringen und Leute, die unterschiedliche Sichtweisen auf ein Problem hätten.

Stadträtin Ute Haupt (Die Linke) forderte, die Hinweise der Beschäftigten, ob anonym oder nicht, müssten ernst genommen werden. "Das zeigt, dass im Jugendamt große Unruhe herrscht."

www.mz-web.de 09.11.07, 21:33h, aktualisiert 09.11.07, 22:05h

[http://premium-o2myor10jyduh3.eu.clickandbuy.com/show\\_firstgate.jsp?aid=6539395176997896&pagename=ksta/page&atype=ksArtikel&openMenu=1012569559775&calledPagelId=1012569559775&listid=1016799959889](http://premium-o2myor10jyduh3.eu.clickandbuy.com/show_firstgate.jsp?aid=6539395176997896&pagename=ksta/page&atype=ksArtikel&openMenu=1012569559775&calledPagelId=1012569559775&listid=1016799959889)

## **Junge Welt**

*Donnerstag, 8. November 2007*

### **Halle spart auf Kinderkosten**

#### **SPD und Linkspartei wollen gefährdete Kinder aus Heimen »rückführen«**

*Von Gitta Düperthal*

In Halle (Sachsen-Anhalt) bestehen SPD und Die Linke darauf, daß Kinder und Jugendliche, die zu ihrem Schutz in Heimen untergebracht sind, in ihre Familien »rückgeführt« werden. Der im Jugendhilfeausschuß gegen die Stimmen der Freien Träger getroffene Beschluß sollte eigentlich schon bis Ende September umgesetzt sein. Angesichts der zahlreichen Proteste hat die Stadtratsmehrheit jedoch eingelenkt und will die »Rückführung« über zwei Jahre strecken.

Mittlerweile hat Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados (SPD) eingesehen, daß die von Jugendgerichten eingewiesenen Kinder nicht selbstherrlich einfach in die Familien entlassen werden können, in denen sie vielleicht vorher grün und blau geschlagen worden seien. Also wurde rhetorisch aufgerüstet: Das, was Sozialfürsorger als »reinen Wahnsinn« und Juristen als »Gesetzesbruch« bezeichneten, beschreiben Kommunalpolitiker jetzt als soziale Wohltat.

Ute Haupt (Die Linke, Stadtratsfraktion Halle) sprach am Mittwoch gegenüber junge Welt von »verstärkter Prävention«, die von »Qualitätszirkeln« in den Stadtbezirken stärker ausgeführt werden sollte. In sogenannten Sozialräumen (deutsch: im Stadtteil) sollten »Sozialplanungsgruppen« gemeinsam mit der Jugendhilfe und den Freien Trägern ambulant eingreifen, sobald Probleme auftauchen. Doch tatsächlich geht es nicht um »Soziales«, sondern um einen rigiden Sparkurs, wie Haupt einräumte: Vier Millionen Euro sollen in zwei Jahren eingespart werden.

Die Argumente zugunsten des vermeintlichen Kindeswohls sind weder neu noch einfallsreich. So kommentiert selbst die konservative Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), vorbeugende Beratung der Familien habe es schon immer gegeben. Die ursprüngliche Terminplanung, um die Heimkinder nach Hause zu schicken, findet das Blatt unpassend: Hatte doch der Innenminister Sachsen-Anhalts, Holger Hövelmann (SPD), in Magdeburg just in diesen Tagen eine Ausstellung über Kinder als Opfer häuslicher Gewalt eröffnet. Im Vorjahr sind laut FAZ in Sachsen-Anhalt 457 Kinder Opfer häuslicher Gewalt geworden.

<http://www.jungewelt.de/2007/11-08/050.php>

# FAZ – Frankfurter Allgemeine Zeitung

Mittwoch, 7. November 2007 - Seite 5

## Rückführung in die Schutzlosigkeit

**Aus Finanznot will die Stadt Halle sämtliche Kinder und Jugendliche, die zu ihrem Schutz in Heimen untergebracht sind, nach Hause schicken. Proteste haben den Stadtrat vorläufig davon abgebracht. Von Robert von Lucius**

HALLE, 6. November. In der fünf Seiten langen Dienstanweisung wird nur einmal beiläufig das Wort "Kindeswohl" erwähnt. Ansonsten ist die Rede von Erfüllungsständen, Steuerungsempfehlungen, Fachcontrolling, Perspektivklärung und vor allem von fiskalische Vorgaben, sprich: Einsparungen. Dabei geht es um 314 Kinder und Jugendliche aus schwierigen, von Gewalt oder Vernachlässigung geprägten Familien, die zu ihrem Schutz in Heimen untergebracht werden mussten, zum Teil auf gerichtliche Anordnung. Sie sollten, so die Dienstanweisung der Stadt Halle vom 3. September, bis Ende September "alle" in ihre Familien "rückgeführt" werden. Sozialfürsorger sprechen von "reinem Wahnsinn", Juristen von einem klaren Gesetzesbruch. Ein Ausschuss des Stadtrates aber billigte den Plan einstimmig und ohne Debatte. Hätte die Stadt Bremen nach dem "Fall Kevin" - dem gewaltsamen Tod eines Zweijährigen - etwas Ähnliches angeregt, wäre der Senat wohl umgehend gestürzt worden, sagt ein Beteiligter. In den Stadtverwaltungen anderer Großstädte wird der Vorstoß aus Halle ebenso aufmerksam wie ungläubig verfolgt. Die Aufmerksamkeit, die der Fall vor allem außerhalb Sachsen-Anhalts erregte, veranlasste die Stadtverwaltung in den vergangenen Tagen zu einem vorläufigen Einlenken. In diesem Jahr wird die Dienstanweisung nun nicht mehr vorangetrieben, vermutlich aber im kommenden - aufgehoben ist sie nicht. Denn auch der Grund dafür ist nicht entfallen: die Finanzknappheit der Stadt und die Gefahr einer Intervention der Kommunalaufsicht.

### Vernachlässigt, gedemütigt, misshandelt

Der Leiter des Jugendamtes in Halle, Lothar Rochau, und die Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados (SPD) wollen künftig den Heimaufenthalt der Kinder überflüssig machen und in der Jugendhilfe stattdessen auf "vorbeugende" Beratung der Familien setzen (die es schon jetzt überall dort gibt, wo das möglich scheint). Der Anteil von Kindern in Heimen liegt in Halle über dem Bundesdurchschnitt, und jedes Heimkind kostet die Stadt monatlich 3000 Euro. Die Ausgaben sind so hoch, weil die Kinder eine intensive Betreuung im Schichtdienst brauchen. Freie Träger sagen, die Dienstanweisung sei ein "in der Geschichte der Jugendhilfe in Deutschland einmaliger, besorgniserregender Vorgang"; gesetzliche Pflichtausgaben würden ausgehebelt, der Schutzauftrag der Jugendhilfe werde verletzt. Schon jetzt prüften mehrere Beteiligte eingehend, bevor sie die Einweisung in ein Heim empfehlen. Dabei geht es etwa um versäumte Besuche bei der Schule und bei Ärzten sowie um "Auffälligkeiten" der Eltern im Zusammenhang mit Rauschgift, Alkohol, Gewalt. Der Arbeitskreis Freier Träger in Halle sagt, dabei gehe es um Kinder, die in grober Weise vernachlässigt, gedemütigt, misshandelt werden, die noch nie in ihrem Leben ein Spielzeug besessen haben, über Tage hinweg alleingelassen und nicht versorgt werden.

### Eltern sind überfordert oder gewalttätig

Oft steht dahinter nicht böser Wille der Eltern oder Gewalt, sondern Überforderung und Unvermögen. Viele Heimkinder sind in ihrer häuslichen Umgebung aber auch Opfer von Gewalt geworden. Zur gleichen Zeit, da Halle Heimkinder heimschicken will, eröffnete der Innenminister Sachsen-Anhalts, Holger Hövelmann (SPD), in Magdeburg eine Ausstellung über Kinder als Opfer häuslicher Gewalt. Bei mehr als der Hälfte aller polizeilichen Einsätze wegen häuslicher Gewalt sind Kinder anwesend. Im Vorjahr wurden in Sachsen-Anhalt 457 Kinder Opfer von Misshandlungen oder von sexueller Gewalt, überwiegend im "sozialen Nahbereich".

Bei den "freiwilligen" Heimeinweisungen - etwa zwei Drittel aller Fälle - stimmen sich die Sozialpädagogen mit den Eltern ab. Sie bleiben während der Heimbetreuung in die Erziehung ihrer Kinder eingebunden. Zudem wird ein Heimaufenthalt spätestens jedes halbe Jahr neu geprüft. Etwa jedes dritte Kind wird vom Jugendgericht in Heime eingewiesen - hier würde die Befolgung der Dienstanweisung auch gegen das Gesetz verstoßen, was ihre Betreiber aber entweder übersahen oder ignorierten.

### **In Halle wird nun alles anders gemacht**

Das Vorgehen von Szabados stößt nicht zuletzt auf Unverständnis, weil die Oberbürgermeisterin sich im Fach gut auskennt. Sie ist seit 1990 Bürgermeisterin und verwaltungserfahren, seit Mai dieses Jahres Oberbürgermeisterin. 1994 wurde sie Beigeordnete der Stadt für das Ressort Jugend, Soziales und Gesundheit. Die Chemikerin, die in wenigen Tagen 60 Jahre alt wird, ist oder war in der Bundespartei wie auch in mehreren Beiräten mit Jugendfragen befasst. Wer ihr wohlgesinnt ist, begründet ihr Vorgehen mit dem Bemühen, in Halle nun alles anders zu machen. Sie will in kurzer Zeit Schulen, Kindergärten und Turnhallen sanieren, die bisher vernachlässigte Wirtschaftsförderung beleben, kommunale Wohnungen und Stadtwerke teilprivatisieren, den Haushalt sanieren, Verwaltungsstrukturen ändern, die Kulturpolitik umkrempeln. Kritiker sagen, sie sei engagiert und wolle "das Beste", übernehme sich aber. Zudem setze sie bei der Jugendhilfe allzu stark auf einen einzelnen Berater, der mit hochbezahlten Gutachten - deren Kosten hält die Stadt geheim - und anderen Engagements überlastet zu sein scheint; für Abstimmungen seines Vorschlags mit Trägern der Jugendhilfe in Halle zumindest fand er nicht die Zeit. Sein "Fachkonzept" zur Jugendhilfe in Halle sei, so ein fach- und ortskundiger Hochschullehrer, "kabarettreif".

### **Ein Drittel der Kinder lebt am Existenzminimum**

Dass in Halle die Kosten für Jugendhilfe in Heimen zwanzig Prozent über dem Bundesdurchschnitt liegt, ist kein Zufall. Etwa 30 Prozent aller Kinder der Stadt leben, so Szabados, am Existenzminimum. 7000 Kinder leben in Haushalten, deren Eltern Arbeitslosengeld II beziehen. Halle hat eine innere Unwucht zwischen verarmten Arbeitslosen und einer bürgerlichen Schicht, die markanter ist als anderswo. Indes steht die Stadt nicht mehr "am Rande des Kollabierens", wie es nach der Wende schien. Halle hat sich etwas erholt vom Zusammenbruch der Industrie, von der Teilschließung der nahen Chemiewerke Leuna und Buna, von Brauereien, einer Maschinenfabrik, einer Kaffeerösterei, dem Eisenbahnwaggonbau. Die Bevölkerung schrumpfte seit der Wende von 330 000 auf 237 000, die Arbeitslosigkeit liegt bei 18 Prozent. In den Plattensiedlungen wie auch im Altstadt kern steht fast jede vierte Wohnung leer. Bei einer vergleichenden Untersuchung über die Wirtschaftskraft deutscher Städte lag Halle auf Rang 47 von 50, bei einer anderen auf Platz 59 von 60. Die Diakonie Mitteldeutschland warnte angesichts der Arbeitslosenzahl, dem "bundesweiten Negativrekord" bei Kinderarmut und geplanter finanzieller Einsparungen vor einem sozialen Notstand in Halle - und das schon vor den neuen Plänen der Stadtverwaltung.

FAZ.NET

<http://www.faz.net/s/RubCD175863466D41BB9A6A93D460B81174/Doc~E5AD4298CA8C748A5A46F84F411A52C32~ATpl~Ecommon~Scontent.html> (rev. 7.11.07)